



MICHAEL B. BARNES

BÜRGERANLIEGEN • STELLUNGNAHMEN • KORRESPONDENZ



Hengelorstraße 1

49565 Bramsche



mbarnes61@outlook.com

04.08.2026

Ihr Geld ist nicht weg – es ist nur in Sicherheit!



Der Klartext-Report über die Zins-Lüge und den Ausweg aus der Dispo-Falle

Vorwort:

Zwischen Sicherheit und Selbstbestimmung

Viele Menschen haben ihr Leben lang das getan, was als vernünftig galt: arbeiten, sparen, vorsorgen und Verantwortung übernehmen. Das Vertrauen war groß, dass Disziplin und Fleiß langfristig zu finanzieller Stabilität führen würden.

In den vergangenen Jahren hat sich jedoch bei vielen Bürgern ein ungutes Gefühl entwickelt. Die Lebenshaltungskosten steigen, staatliche Regelungen werden komplexer, und immer mehr Entscheidungen scheinen außerhalb des eigenen Einflussbereichs zu liegen. Gleichzeitig fragen sich viele Sparer, ob die traditionellen Wege der Vermögensbildung und Altersvorsorge noch die gleiche Sicherheit bieten wie früher.

Dieses Dossier soll weder Angst erzeugen noch politische Überzeugungen vermitteln. Es möchte dazu anregen, die eigene finanzielle Situation kritisch zu betrachten und neue Perspektiven kennenzulernen.
Im Mittelpunkt steht eine einfache Frage:

Wie viel Kontrolle haben wir tatsächlich noch über das Vermögen, das wir über viele Jahre aufgebaut haben?

Die folgenden Kapitel beleuchten verschiedene Herausforderungen unseres heutigen Finanz- und Vorsorgesystems. Ebenso wichtig ist jedoch die andere Seite der Medaille: Es gibt Möglichkeiten, eigenverantwortlich zu handeln, Risiken zu reduzieren und die persönliche Unabhängigkeit zu stärken.

Dabei geht es nicht um radikale Schritte, sondern um einen bewussteren Umgang mit Geld, Vermögen und Vorsorge. Jeder Leser kann selbst entscheiden, welche Anregungen für die eigene Lebenssituation sinnvoll sind.

Denn finanzielle Sicherheit entsteht nicht allein durch Vertrauen in Institutionen. Sie entsteht vor allem durch Wissen, Transparenz und die Fähigkeit, eigene Entscheidungen zu treffen.

Kapitel 1: Der 20-Cent-Hohn – Wenn Sparen kaum noch belohnt wird

Viele Menschen kennen dieses Gefühl: Man arbeitet Monat für Monat, zahlt seine Rechnungen pünktlich und legt regelmäßig einen Teil seines Einkommens zurück. Das ersparte Geld soll Sicherheit schaffen, für schlechte Zeiten vorsorgen oder einfach ein beruhigendes Polster bilden.

Doch dann kommt der Moment, in dem man den Jahresabschluss seines Sparkontos oder Tagesgeldkontos betrachtet. Die Zahl, die dort als Zinsertrag ausgewiesen wird, sorgt oft eher für Ernüchterung als für Freude. Manche Sparer erhalten für mehrere tausend Euro Guthaben lediglich einige Cent oder wenige Euro Zinsen im Jahr. Nicht selten stellt sich dabei eine berechtigte Frage:

Lohnt sich klassisches Sparen unter diesen Bedingungen überhaupt noch?

Noch schwerer wiegt ein anderer Punkt. Während die Guthabenzinsen oft nur minimal ausfallen, steigen viele Lebenshaltungskosten kontinuierlich an. Lebensmittel, Energie, Versicherungen und zahlreiche Dienstleistungen kosten heute

deutlich mehr als noch vor wenigen Jahren. Dadurch entsteht für viele Bürger der Eindruck, dass ihr Geld zwar nominell auf dem Konto vorhanden ist, seine tatsächliche Kaufkraft jedoch Jahr für Jahr schrumpft.

Die stille Herausforderung

Natürlich erfüllen Banken wichtige Aufgaben. Sie ermöglichen den Zahlungsverkehr, verwahren Guthaben und vergeben Kredite an Unternehmen und Privatpersonen. Dennoch fragen sich immer mehr Menschen, ob das klassische Sparkonto heute noch dieselbe Funktion erfüllt wie für frühere Generationen.

Wer sein gesamtes Vermögen dauerhaft auf niedrig verzinsten Konten hält, sollte sich zumindest die Frage stellen: **Arbeitet mein Geld noch für mich – oder arbeite ich hauptsächlich für mein Geld?**

Diese Frage muss jeder für sich selbst beantworten. Doch sie verdient es, ehrlich gestellt zu werden.

Ein anderer Blick auf das eigene Geld

Vielleicht liegt die Lösung nicht darin, Banken vollständig zu meiden. Vielleicht liegt sie vielmehr darin, ihre Rolle neu zu definieren. Viele Menschen nutzen ihr Girokonto heute vor allem als Werkzeug für den täglichen Zahlungsverkehr. Gehalt, Rente oder andere Einnahmen gehen ein, laufende Kosten werden bezahlt und der Alltag funktioniert.

Die entscheidende Frage lautet dann: **Welcher Teil des Vermögens sollte dauerhaft auf Bankkonten liegen und welcher Teil könnte auf andere Weise zur persönlichen Vorsorge beitragen?**

Genau mit dieser Frage werden wir uns in den folgenden Kapiteln näher beschäftigen. Denn finanzielle Sicherheit entsteht nicht allein durch Sparen, sondern durch bewusste Entscheidungen über den Umgang mit dem eigenen Vermögen.

2. Das 10.000-Euro-Limit: Das schleichende Ende des anonymen Bargelds

Für viele Deutsche ist Bargeld ein Stück gedruckte Freiheit. Doch genau diese Freiheit wird schrittweise eingeschränkt. Die neuen EU-Richtlinien bringen ab Juli 2027 eine europaweite Obergrenze für kommerzielle Bargeldzahlungen von exakt 10.000 Euro. Wer künftig eine teure Küche oder ein Schmuckstück bar im Geschäft bezahlen möchte, läuft gegen eine rechtliche Wand. Die Händler dürfen so große Summen in bar schlichtweg nicht mehr annehmen. *Wichtig zu wissen:* Reine Privatgeschäfte – etwa der Autoverkauf von Privatperson an Privatperson – sind von dieser Grenze ausdrücklich ausgenommen.

Doch es kommt für den geschäftlichen Alltag noch viel dicker: Im Nicht-Finanzsektor – also bei Juwelieren, Autohändlern oder Immobilienmaklern – schaut die neue Kontrollbehörde ganz genau hin. Wenn Sie dort Beträge von über 3.000 Euro bar auf den Tisch legen, greift sofort eine strenge gesetzliche Ausweispflicht. Der Händler muss Ihre Identität lückenlos feststellen, Ihre Daten speichern und im Zweifel eine Verdachtsmeldung abgeben. (Im deutschen Edelmetallhandel liegt diese Grenze

beim anonymen Tafelgeschäft sogar schon bei 2.000 Euro). Das bedeutet im Klartext: Das anonyme Ausgeben von größeren Beträgen ist im Alltag Geschichte. Jeder, der geschäftlich bar mit größeren Summen hantiert, landet automatisch im Visier der Überwachungssysteme.

3. Krypto-Schock: Warum Bitcoin-Anleger jetzt komplett gläsern werden

Der Krypto-Markt galt jahrelang als die Oase für alle, die ihr Geld unabhängig von staatlicher Kontrolle und Banken bewegen wollten. Doch mit diesem Mythos wird jetzt radikal aufgeräumt. Die neuen Gesetze der Frankfurter AMLA treffen die Krypto-Welt mit voller Härte. Es gilt die unerbittliche „Travel Rule“ für alle Krypto-Dienstleister in Europa.

Das bedeutet im Klartext: Bei jeder einzelnen Krypto-Transaktion – völlig egal, wie minimal der Betrag auch sein mag – müssen die Identitätsdaten von Sender und Empfänger lückenlos erfasst, gespeichert und übermittelt werden. Die Zeiten, in denen man anonym digitale Coins von einer privaten Wallet zur nächsten schieben konnte, sind endgültig vorbei. Krypto-Anleger werden für die Behörden komplett gläsern. Wer größere Gewinne aus Bitcoin-Verkäufen auf sein normales Bankkonto überweisen möchte, löst bei den Sicherheits-Algorithmen der Banken sofort Alarmstufe Rot aus. Ohne lückenlose Nachweise über den rechtmäßigen Kauf der Coins wird das Geld blockiert.

Die AMLA im Alltag: Sechs realistische Szenarien, die jeden Sparer treffen können

Die neue Anti-Geldwäsche-Gesetzgebung ist kein abstraktes Thema für Großbanken. Die scharfen Kontroll-Algorithmen greifen tief in das tägliche Leben ganz normaler Bürger ein. Die folgenden sechs Beispiele zeigen, wie schnell Sie ohne jegliche kriminelle Absicht im Visier der Überwachung landen können:

- **Szenario 1: Die ganz normale Bank-Überweisung**
Sie überweisen einem Verwandten oder einem Handwerker einen größeren Betrag. Die automatischen Filter im Hintergrund stufen die Transaktion aufgrund eines ungewöhnlichen Musters als prüfpflichtig ein. Die Folge: Die Bank fordert sensible Nachweise über den Zweck der Zahlung, was den Vorgang tagelang verzögert.
- **Szenario 2: Die Barzahlung beim Händler ab 3.000 €**
Sie möchten ein gebrauchtes Moped oder Möbel im Laden bar bezahlen. Da

der Betrag über 3.000 Euro liegt, greift die EU-Ausweispflicht. Der Händler muss Ihre Identität lückenlos erfassen, Ihre Daten speichern und im Zweifel eine Meldung abgeben.

- **Szenario 3: Der legale Goldkauf beim Edelmetallhändler**
Sie möchten Ihr Ersparnis vor der Inflation schützen und kaufen beim Händler vor Ort völlig legal Münzen oder Barren. Sobald Sie den gesetzlichen Schwellenwert (in Deutschland ab 2.000 Euro) erreichen, werden Sie namentlich registriert. Diese Daten werden im System hinterlegt, das automatisiert prüft, ob Ihr Vermögen als auffällig eingestuft wird.
- **Szenario 4: Unterstützung für Verwandte im Ausland**
Sie möchten Familienmitglieder im Ausland mit einer schnellen Überweisung finanziell unterstützen. Die Kontroll-Software schlägt wegen eines Auslandsrisikos Alarm. Ihre Überweisung wird tagelang blockiert, während Sie der Bank private Dokumente vorlegen müssen.
- **Szenario 5: Viele kleine Zahlungen auf dem PayPal-Konto**
Sie verkaufen alte Sachen über Kleinanzeigen oder sammeln Geld für ein Geschenk im Kollegenkreis über PayPal. Da plötzlich viele kleine Beträge in kurzer Zeit eingehen, schlagen die Sicherheits-Systeme wegen des Verdachts auf eine unregistrierte gewerbliche Tätigkeit an. Das Konto wird präventiv eingefroren.
- **Szenario 6: Crowdfunding und Spenden für soziale Projekte**
Sie starten einen digitalen Spendenaufruf im Internet, um einem Tierheim oder einer Familie im Ort zu helfen. Die Bank blockiert die gesammelten Gelder, weil die einzelnen Spender im System nicht eindeutig und lückenlos verifiziert werden können, wodurch das Projekt auf Eis liegt.

Der Digitale Euro und die sechs echten Risiken im Alltag

Der Digitale Euro wird offiziell als Ergänzung zum Bargeld verkauft. Auch wenn er laut EZB-Vorgaben kein programmierbares Kontrollgeld für Konsumverbote sein wird, bringt die digitale Infrastruktur ganz neue Einschränkungen und Risiken für Ihre Freiheit im Alltag:

- **Szenario 1: Das harte Limit auf der Wallet**
Sie möchten Ersparnis vom Girokonto auf Ihre digitale Euro-Wallet schieben. Das System bricht ab, weil die gesetzliche Obergrenze von voraussichtlich 3.000 Euro für das maximale Guthaben auf der Wallet erreicht ist.

Szenario 2: Der Ausfall beim Händler

Sie stehen an der Kasse und das Lesegerät hat keine Verbindung zum Zentralbanksystem. Da es für diesen Betrag keinen funktionierenden Offline-

Modus gibt und Sie kein Bargeld haben, müssen Sie den Einkauf zurücklassen.

- **Szenario 3: Keine Zinsen auf dem digitalen Konto**
Sie lassen eine größere Summe digitaler Euros über Monate auf Ihrer Zentralbank-Wallet liegen. Im Gegensatz zum normalen Bankkonto wirft dieses Geld gesetzlich verordnet überhaupt keine Zinsen ab und verliert an Wert.
- **Szenario 4: Die unfreiwillige Umbuchung**
Ein Bekannter schickt Ihnen digitale Euros. Da Ihre Wallet aber schon voll ist, bucht das System den überschüssigen Betrag automatisch und ungefragt auf Ihr verknüpft, normales Geschäftsbankkonto um.
- **Szenario 5: Der totale Strom- oder Netzausfall**
Bei einem regionalen Blackout oder IT-Serverfehler bricht die gesamte digitale Zahlungsstruktur zusammen. Ohne physisches Bargeld als Backup können Sie tagelang nirgendwo mehr Lebensmittel oder Treibstoff bezahlen.

Szenario 6: Technische Überwachung statt Anonymität

Sie zahlen einen größeren Betrag im Laden mit dem digitalen Euro. Da jede Transaktion elektronisch über die Zentralbank-Infrastruktur läuft, hinterlassen Sie im Gegensatz zum echten Bargeld bei höheren Summen immer eine digitale Datenspur.

Elektronische Patientenakte und die sechs Risiken im Alltag

Die elektronische Patientenakte (ePA) wird als Fortschritt für die Gesundheit verkauft. Doch hinter der Fassade entsteht eine zentrale Datenbank, die den sensibelsten Lebensbereich berührt.

Hinweis: Die folgenden Risiken drohen im Alltag vor allem dann, wenn der Bürger von seinem gesetzlichen Opt-out-Recht (Widerspruchsrecht) keinen Gebrauch macht und die Zugriffsrechte in der System-App nicht aktiv einschränkt:

- **Szenario 1: Der normale Arztbesuch**
Ein Patient wechselt die Praxis und möchte nicht, dass der neue Arzt alle alten Diagnosen sieht. Wenn die ePA-Zugriffsrechte in der App nicht aktiv gesperrt wurden, sieht die neue Praxis die gesamte Vergangenheit und die Privatsphäre ist ausgehebelt.
- **Szenario 2: Der Wechsel des Arbeitgebers**
Eine Frau bewirbt sich auf eine neue Stelle. Sie befürchtet Nachteile durch eine alte Diagnose. *Wichtig:* Der Betriebsarzt darf die ePA standardmäßig **nicht** einsehen – der Gesetzgeber schließt Arbeitgeber strikt aus. Das Risiko im Alltag besteht jedoch darin, dass Arbeitgeber im Rahmen von Einstellungsuntersuchungen einen „freiwilligen“ Ausdruck oder PDF-Export der Akte verlangen könnten, um die gesundheitliche Eignung zu prüfen. Wer dem nicht nachkommt, riskiert, die Stelle nicht zu bekommen.

- **Szenario 3: Höhere Beiträge bei der Versicherung**
Ein Mann möchte seine Krankenkasse wechseln oder eine private Zusatzversicherung abschließen. Versicherungsgesellschaften sind gesetzlich vom direkten digitalen Zugriff auf die ePA ausgeschlossen. Das Risiko im Alltag: Um ein Risikoprofil zu erstellen, verlangen Versicherer beim Antrag oft umfassende Schweigepflichtentbindungen oder die manuelle Einreichung von Krankenakten. Wer eine ePA besitzt und die Herausgabe verweigert, wird schlicht nicht versichert oder muss mit massiven Risikoaufschlägen rechnen.
- **Szenario 4: Offenlegung sensibler Krankheiten in der Apotheke**
Ein Bürger löst ein einfaches Rezept in der Apotheke ein. Wenn der ePA-Zugriff pauschal erlaubt ist, sieht der Apotheker auf seinem Bildschirm sofort, welche Medikamente der Kunde in den letzten Jahren genommen hat. Intime Details werden ungewollt am Tresen bekannt.
- **Szenario 5: Der Zahnarztwechsel mit Folgen**
Ein Patient geht wegen akuter Zahnschmerzen zu einem neuen Zahnarzt. Die Praxis ruft über das System die komplette digitale Krankengeschichte ab, obwohl für die Zahnbehandlung nur die aktuelle Situation im Mundraum relevant wäre.
- **Szenario 6: Intime Details im Familienkonflikt**
Eltern haben im System standardmäßig Zugriff auf die digitale Akte ihrer minderjährigen oder jugendlichen Kinder. Dadurch sehen sie vertrauliche Informationen, wie zum Beispiel eine Schwangerschaft oder psychologische Beratungen, was zu schweren Konflikten in der Familie führt.

Zusammenfassender Faktencheck

1. Die neue EU-Behörde AMLA und Bankenauflagen

- **Fakt:** Die Anti-Money Laundering Authority (AMLA) mit Sitz in Frankfurt am Main existiert tatsächlich. Sie hat im Jahr 2025 ihre operative Arbeit aufgenommen und wird ab 2028 ausgewählte Hochrisiko-Finanzinstitute direkt beaufsichtigen.
- **Strafen & Algorithmen:** Die Angabe zu Strafen von bis zu 10 Millionen Euro oder 10 Prozent des Jahresumsatzes ist rechtlich korrekt. Kreditinstitute nutzen zur Vermeidung dieser Sanktionen bereits automatisierte KI- und Transaktions-Monitorings, die bei Abweichungen vom üblichen Kundenverhalten sogenannte „Mittelherkunftsnachweise“ fordern.

2. Bargeld-Grenzen ab Juli 2027

- **Die 10.000-Euro-Obergrenze:** Es stimmt, dass im Rahmen des neuen EU-Geldwäschepakets ab dem 10. Juli 2027 eine europaweite Bargeldobergrenze von 10.000 Euro im kommerziellen Geschäftsverkehr (z. B. beim Kauf im

Einzelhandel) eingeführt wird. Reine Privatgeschäfte (von privat an privat) sind davon ausgenommen.

- **Die 3.000-Euro-Schwelle:** Auch die Angabe zur Ausweispflicht ab 3.000 Euro bei Barzahlungen im Nicht-Finanzsektor (Händler) entspricht den Richtlinien.

3. Digitale Währungen und Krypto („Travel Rule“)

- **Krypto-Überwachung:** Die erwähnte „Travel Rule“ ist Realität. Sie verpflichtet Krypto-Dienstleister in der EU dazu, bei Transaktionen die Identitätsdaten von Sender und Empfänger zu übermitteln.
- **Digitaler Euro:** Die im Text genannten Risiken des Digitalen Euros (wie das geplante Halte-Limit auf der Wallet von voraussichtlich 3.000 Euro und die Zinslosigkeit) entsprechen den aktuellen Vorschlägen der Europäischen Zentralbank (EZB). Ein generelles Bargeldverbot ist durch den Digitalen Euro jedoch nicht geplant; er soll als Ergänzung dienen.

Fazit zur elektronischen Patientenakte (ePA)

Die im Text genannten Risiken bezüglich des Datenzugriffs bei Arzt- oder Kassenwechseln sind technisch und rechtlich durch das gesetzliche Opt-out-Verfahren und das detaillierte Rechtemanagement in der ePA-App reguliert. Verbraucher haben die volle Kontrolle darüber, wer welche Daten einsehen darf, sofern sie diese Rechte aktiv in der App verwalten. Dritte wie Arbeitgeber oder Versicherungen haben zudem ein striktes gesetzliches Zugriffsverbot.

Zusammenfassender Faktencheck

1. Die neue EU-Behörde AMLA und Bankenauflagen

- **Fakt:** Die Anti-Money Laundering Authority (AMLA) mit Sitz in Frankfurt am Main existiert tatsächlich. Sie hat im Jahr 2025 ihre operative Arbeit aufgenommen und wird ab 2028 ausgewählte Hochrisiko-Finanzinstitute direkt beaufsichtigen.
- **Strafen & Algorithmen:** Die Angabe zu Strafen von bis zu 10 Millionen Euro oder 10 Prozent des Jahresumsatzes ist rechtlich korrekt. Kreditinstitute nutzen zur Vermeidung dieser Sanktionen bereits automatisierte KI- und Transaktions-Monitorings, die bei Abweichungen vom üblichen Kundenverhalten sogenannte „Mittelherkunftsnachweise“ fordern.

2. Bargeld-Grenzen ab Juli 2027

- **Die 10.000-Euro-Obergrenze:** Es stimmt, dass im Rahmen des neuen EU-Geldwäschepakets ab dem 10. Juli 2027 eine europaweite Bargeldobergrenze von 10.000 Euro im kommerziellen Geschäftsverkehr (z. B. beim Kauf im Einzelhandel) eingeführt wird. Reine Privatgeschäfte (von privat an privat) sind davon ausgenommen.

- **Die 3.000-Euro-Schwelle:** Auch die Angabe zur Ausweispflicht ab 3.000 Euro bei Barzahlungen im Nicht-Finanzsektor (Händler) entspricht den Richtlinien.

3. Digitale Währungen und Krypto („Travel Rule“)

- **Krypto-Überwachung:** Die erwähnte „Travel Rule“ ist Realität. Sie verpflichtet Krypto-Dienstleister in der EU dazu, bei Transaktionen die Identitätsdaten von Sender und Empfänger zu übermitteln.
- **Digitaler Euro:** Die im Text genannten Risiken des Digitalen Euros (wie das geplante Halte-Limit auf der Wallet von voraussichtlich 3.000 Euro und die Zinslosigkeit) entsprechen den aktuellen Vorschlägen der Europäischen Zentralbank (EZB). Ein generelles Bargeldverbot ist durch den Digitalen Euro jedoch nicht geplant; er soll als Ergänzung dienen.

Fazit zur elektronischen Patientenakte (ePA)

Die im Text genannten Risiken bezüglich des Datenzugriffs bei Arzt- oder Kassenwechseln sind technisch und rechtlich durch das gesetzliche Opt-out-Verfahren und das detaillierte Rechtemanagement in der ePA-App reguliert. Verbraucher haben die volle Kontrolle darüber, wer welche Daten einsehen darf, sofern sie diese Rechte aktiv in der App verwalten. Dritte wie Arbeitgeber oder Versicherungen haben zudem ein striktes gesetzliches Zugriffsverbot.

Mit freundlichen Grüßen

Michael B. Barnes

Michael B. Barnes

Impressum / Kontakt:

Michael B. Barnes

Hengeloer Str.1

49565 Bramsche

E-Mail: mbarnes61@outlook.com

Rechtliche Hinweise & Urheberrecht:

Die Inhalte dieses Dokuments dienen ausschließlich der allgemeinen Information und Aufklärung. Sie stellen keine Rechts-, Steuer-, Finanz- oder Anlageberatung dar und können eine solche nicht ersetzen. Es wird keine Haftung oder Gewähr für die Richtigkeit, Aktualität und Vollständigkeit der Informationen übernommen. Die Nutzung erfolgt auf eigene Verantwortung. Alle Inhalte und Texte sind urheberrechtlich geschützt. Jede Vervielfältigung oder Verbreitung außerhalb der gesetzlichen Grenzen bedarf der vorherigen schriftlichen Zustimmung des Herausgebers.

Mit freundlichen Grüßen

Michael B. Barnes

Michael B. Barnes

Impressum / Kontakt:

Michael B. Barnes

Hengeloer Str.1

49565 Bramsche

 E-Mail: info@klartext-info.online

Rechtlicher Hinweis

Dieses Dokument ist Teil des privaten Informations- und Aufklärungsprojekts **KLARTEXT** von Michael B. Barnes.

Der Bericht dient ausschließlich der Information sowie der öffentlichen Meinungs- und Diskussionsbildung. Er enthält eine Kombination aus dokumentierten Tatsachen, öffentlich zugänglichen Quellen, rechtlichen Einordnungen sowie persönlichen Bewertungen, Schlussfolgerungen, Vermutungen und Hypothesen des Autors. Diese sind entsprechend im Gesamtzusammenhang des jeweiligen Dossiers zu verstehen.

Alle Inhalte wurden nach bestem Wissen und Gewissen auf Grundlage der zum Zeitpunkt der Veröffentlichung verfügbaren Informationen erstellt. Trotz sorgfältiger Recherche kann keine

Gewähr für Vollständigkeit, Aktualität oder die fortdauernde Richtigkeit sämtlicher Angaben übernommen werden. Neue Erkenntnisse oder spätere Entwicklungen können eine Überarbeitung oder Neubewertung einzelner Inhalte erforderlich machen.

Eine unveränderte Weitergabe des vollständigen Dokuments über den offiziellen Veröffentlichungsweg ist ausdrücklich erwünscht. Veränderungen, Kürzungen, aus dem Zusammenhang gerissene Zitate oder Bearbeitungen, die den Sinn oder die Aussage des Dokuments verfälschen, sind ohne ausdrückliche Zustimmung des Autors nicht gestattet.

Stand der Quellen und Rechtslage: Veröffentlichungsdatum des jeweiligen Dossiers.

Version: 1.0

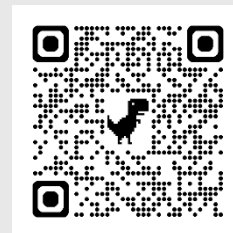
© Michael B. Barnes – Alle Rechte vorbehalten.

Impressum:

<https://www.klartext-info.online/impressum/>

Zur Klartext-Info-Website

QR-Code



Weitere Beiträge, Aktualisierungen und Quellen:

www.klartext-info.online

Michael B. Barnes

Stand: 04.08.2026

